

Protokollentwurf vom 18. PPT am 13.03.2021

Das 18. PPT fand aufgrund der Corona-Pandemie erneut digital statt. Es wurden ca. 65 Teilnehmende verzeichnet.

Begrüßung der Teilnehmenden durch das Moderationsteam Elisabeth Dallüge und Florian Kaiser und gegenseitiges Kennenlernen in Breakout-Rooms.

Inhaltsverzeichnis

Impulsvorträge:.....	1
Bundeskonzferenz PiA:.....	1
Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausbildungsträgerverbände BAG, Georg Schäfer:.....	2
Bericht der PsyFaKo.....	3
Ver.di.....	3
Zusammenstellung PPT-Orgateam.....	4
Vortrag Psy4F.....	4
Podiumsdiskussion und Diskussionsfragen aus dem Plenum.....	5
Workshops - Ergebnisse.....	10
Bestätigung Orgateam sowie Abschluss.....	13

Impulsvorträge:

Bundeskonzferenz PiA:

Mechthild Leidl und Elisabeth Dallüge stellen einen Kurzbericht zu den Aktivitäten der Buko vor, s. beiliegende Power Point.

Erläuterung der Strukturen von Institutssprechern, Landessprechern, Bundeskonzferenz PiA, Partizipationsmöglichkeiten sind auch in Verbänden und bei ver.di möglich.

Neben den üblichen Themen und Teilnahmen in Gremien und dem Schreiben von Stellungnahmen nahm die Buko an vielen AGs zur Entwicklung der Musterweiterbildungsordnung in der BPtK teil, zudem gab es auch diverse Besonderheiten für PiA bei dem Thema Corona.

Eine Kernfrage für die Zukunft ist, wie es gelingen wird, PiA und PTW in der Übergangszeit gleichzeitig in die Kliniken zu bekommen und gemeinsam durch das neue System zu kommen.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausbildungsträgerverbände BAG, Georg Schäfer:

Die BAG ist ein Zusammenschluss von 10 Ausbildungsträgerverbänden, denen wiederum Verbände zugeordnet sind. Diese Verbände vertreten 1 oder 2 PT-Verfahren. Die Ausbildungsinstitute wiederum werden von diesen Verbänden in der Regel repräsentiert.

Wie viele Ausbildungsinstitute es gibt, ist unklar, im Forschungsgutachten waren es ca. 190 Institute, in den letzten 10 Jahren gab es ein enormes Wachstum, in der BAG sind es im Augenblick ca. 280 von bundesweit ca. 300 Ausbildungsstätten.

Themen in der BAG sind die Gestaltung der Ausbildung, um die Umsetzung von Anforderungen, aber im letzten Jahr auch Corona und die Schutzmaßnahmen in der Ausbildung. Fraglich war z.B., ob Videobehandlungen für die Ausbildung anerkannt sind, wie Prüfungen im Rahmen der Pandemie durchgeführt werden, wie es mit Einkommensverlusten durch Corona ist.

Weiterhin sind Fragen der Prüfung, Vergütungsverhandlungen und Vergütungsfragen (auch im Hinblick der 40 %-Regelungen, 1000 Euro Regelung) auf der TO.

Im Augenblick beschäftigt die BAG auch, wie die Strukturen in die neue Weiterbildung mitgenommen werden können damit die Institute auch weiterhin die Koordination („Weiterbildung aus einer Hand“) der Weiterbildung organisieren können.

Frage: Wie kann die Partizipation von PiA in der BAG gefördert werden?

Antwort: Diese findet in den Verbänden statt. In den Instituten ist das nicht einheitlich. Es gibt da keine einheitlichen Richtlinien, die den Instituten von den Verbänden vorgegeben werden.

Armin Lux berichtet, dass in der AVM zwei PiA auch im Vorstand sind mit Stimmrecht. Letztlich ist das aber in den Strukturen der Ausbildungsinstitute geregelt.

Georg Schäfer führt weiter aus, dass die Einbindung von PiA in der BAG noch nicht herangetragen wurde und noch nicht diskutiert wurde. Teilweise geht es auch um Themen, wo die Sicht der PiA nicht Bedeutung hat (z.B. Vergütungsfragen der Videosprechstunden). Bisher ist die Partizipation über die Verbände gelaufen und es ist Aufgabe der Verbände in der BAG, die PiA zu informieren. Die Einbindung und Information läuft derzeit über die Verbände, er nimmt dies aber als Wunsch auf und mit in die BAG. Dort kann beraten werden, ob es sinnvoll und hilfreich ist, eine*n PiA mit in die Arbeit einzubeziehen.

Es spielen aber auch die Strukturen eine Rolle, z.B. gibt es keinen Haushalt um eine solche Teilnahme einer PiA zu bezahlen.

Armin Lux berichtet, dass in der SAAP in Bayern, einer ähnlichen Struktur, es immer großen Widerstand der meisten (privatwirtschaftlich geführten) Institute gegen eine Einladung von PiA gibt.

Zur PiA-Mitgliedschaft in den Kammern befragt äußert Georg Schäfer die Kammerarbeit als eine Arbeit der Berufsangehörigen. Dies wird mit der Approbation erreicht. Es macht für ihn Sinn, hier eine Unterscheidung zu machen.

Dennoch sollten die PiA einbezogen werden, persönlich würde es für ihn nicht passen, dass die PiA Vollmitglieder der Kammern werden. Das wird sich mit der Reform jetzt aber ändern da alle Studienabsolventen Pflichtmitglied sind, es ist eine Frage der Zeit, dass sich dies regelt.

Nachfrage aus dem PPT: Was ist mit denen in der Übergangszeit? Georg Schäfer: Vermutlich wird es unrealistisch sein, da sich das ganze in spätestens 5 Jahren zu einem Abschluss kommen wird, da noch eine Initiative zu starten.

Bericht der PsyFaKo

Imke Vassil und Katharina Janzen stellen die Arbeit der PsyFaKo vor. Es wurden 2 Stellungnahmen seit dem letzten PPT verfasst zur Finanzierung der neuen Studiengänge und der Dauer der Weiterbildung verfasst. Ihre Kooperationspartner seien die DGPs und dem Fakultätentag Psychologie. Zudem habe man Kontakt zur BPtK und unterstützt die unterschiedlichen Fachschaften.

Man beschäftigt sich gerade mit der Umsetzung der neuen Studiengänge, Fragen der Finanzierung, Nachqualifikationsmöglichkeiten, Einrichtung der neuen Studienordnung. Die PsyFaKo hatte zudem auch eine Umfrage gemacht, ein Bericht ist in Vorbereitung.

Die Musterweiterbildungsordnung mit Fragen der Dauer und Studierbarkeit beschäftigt weiterhin.

In der PsyFaKo gibt es mehrere Mitbestimmungsmöglichkeiten.

So werden Stellungnahmen teils als Eigeninitiative geschrieben, teils aber auch angefragt. Weiterhin gab es auch Einladungen zu Anhörungen. Man führe auch Gespräche mit Politikerin und Ministerien. Zudem versuche man auch über Petitionen und Protestaktionen Gehör und Mitbestimmung zu erreichen.

Auch in den Universitäten gäbe es Mitbestimmungsmöglichkeiten. So z.B. mit der DGPs und dem Verein des Fakultätentags Psychologie.

Weiterhin vernetze man sich landes- und bundesweit mit den Fachschaften.

Ver.di

Delphine Pommier berichtet für ver.di und die Fachkommission PP/KJP und die PiA-AG. Auch in der Gewerkschaft kann man sich als PiA engagieren. Es gibt dort unterschiedliche Gremien. Themen seien die Finanzierung der Weiterbildung und auch jetzt bei den PiA die 1000-Euro-Regelung. Auch bezüglich der 40%-Regelung versuche man, eine Klärung hinzubekommen. Bei der Umsetzung der Reform wird es auch Herausforderungen geben und es wird Thema bleiben.

Für die PT1 gäbe es seit vielen Jahren einen Mustervertrag für die Kliniken in Zusammenarbeit mit der PTK Berlin.

Nachfrage zur PiA-Mitgliedschaft bei ver.di: Werden die Ausbildungskosten angerechnet? Zudem die Anregung, dass man bei der Anmeldung nicht „divers“ angeben kann.

Antwort zu den Beiträgen: 1 % des Bruttoeinkommens monatlich. Bei PiA gibt es nur Härtefallregelungen. Die Ausbildungskosten werden nicht abgezogen. Man kann nur auf lokaler Ebene das ansprechen und versuchen, eine individuelle Regelung zu erzeugen.

Gewerkschaften seien eine Ergänzung zu den Verbänden. Sie leisten z.B. für Mitglieder Beratung und Rechtsschutz.

Nachfrage zur Dauer der Weiterbildung aus dem Podium an die PsyFaKo Antwort: 5 Jahre werden nicht als verhältnismäßig und studierbar angesehen, man sei aber auch kompromissbereit. Hierzu gibt es auf der HP eine Stellungnahme.

Nachfrage: Was empfiehlt ver.di bei Fragen von Kliniken? Antwort: Es gibt Anfragen zu den 1000 Euro. Da wird im Einzelfall geschaut, wie es besser gemacht werden kann, die Gesetzeslage wird den Personalräten und Betriebsräten erläutert durch ver.di.

Nachfrage: Warum sagt Delphine im Vortrag, Psychotherapeuten seien eine kleine Berufsgruppe. Wie viele PT sind bei ver.di Mitglied und wie viele müssten es sein, um Schlagkraft zu haben? Diese Frage kann leider nicht beantwortet werden, es liegen keine Zahlen vor.

Zu der Dauer der Weiterbildung äußert sich Delphine Pommier nicht, hier gibt es noch keine Haltung zu.

Es folgt eine kontroverse Diskussion, wie lange die Weiterbildung dauern soll. So dauert die Ausbildung ja schon heute weitaus länger als 3 Jahre.

Zusammenstellung PPT-Orgateam

Einladung zur Teilnahme am Orgateam mit Erklärung zur Arbeit und Partizipationsmöglichkeiten.

Vortrag Psy4F

Katharina van Bronswijk, seit Beginn bei Psy4F dabei und Sprecherin der Presse-AG, stellt Psy4F vor. Sie wertschätzt die frühe Unterstützung von Psy4F durch das PPT und erläutert im Vortrag Folgen der Klimakrise, u. a. auch Pandemien wie wir sie aktuell erleben, s. beiliegende Power Point.

Den Auftrag, sich für den Klimaschutz zu engagieren, sehen Psy4F im Recht auf psychische Gesundheit begründet, die durch die Klimakrise bedroht werde.

Ziel der Psy4F ist vor allem die Förderung von Klimaresilienz, sowohl individuell auch auch gesellschaftlich. In der Bevölkerung machen sich z. B. 2/3 Sorgen wegen der Klimakrise.

Angebot hierzu von Psy4F: Gesprächsrunden, in denen Gemeinschaft und der Austausch die emotionale Verarbeitung unterstützen können.

Psy4F und deren Helfer*innen wachsen gerade zunehmend. Es gibt außerdem erfreulicherweise Unterstützung durch Verbände des Berufsstandes.

Es gibt/gab z. B. verschiedene Veranstaltungen mit Berufsverbänden (DPtV, DGVT, bvvp) und Gründung von AG's zum Thema, auch eine Resolution des GK-II wird dazu geschrieben.

Teilnehmen kann jede*r. Psy4F ist bald ein eingetragener Verein, den man auch durch Spenden oder durch Engagement unterstützen kann. Engagieren kann man sich sowohl überregional in AG's als auch regional in Ortsgruppen. Es kann viel konkret getan werden, um der Klimakrise entgegen zu wirken.

Podiumsdiskussion und Diskussionsfragen aus dem Plenum

Begrüßung der Diskutant*innen durch Ariadne Sartorius und Johanna Thünker.

Es folgen Eingangsstatements.

Dr. Gregor Peikert (Präsident der OPK und seit 14 J. im Vorstand) stellt zunächst fest, dass der Sinn von Kammerarbeit die Berufsvertretung und Selbstverwaltung der freien Berufe ist. Das heißt die Kammer ist daran gebunden, dass jemand in einem freien Beruf tätig ist, also approbiert ist und das sind PiA nicht.

Die OPK ist ein Zusammenschluss vieler kleiner sonst eher „schwacher“ Länderkammern. Dafür wurde ein Staatsvertrag geschlossen, der von allen 5 Landtagen ratifiziert wurde und in dem die Regularien der Kammer festgeschrieben sind. Die OPK hat ein Personenwahlrecht, kein Listenwahlrecht wie andere Landeskammern. Deswegen ist hier das Interesse bisher nicht so stark gewesen wie in anderen Ländern, PiA einzubinden, um die Fraktionsliste des eigenen Verbands zu stärken.

Es hat daher bisher wenig Beteiligung von PiA gegeben, aktuell wird es mehr.

Wie sieht die Beteiligung aus? Zweimal im Jahr wird die PiA-Vertretung in den Vorstand eingeladen, auch bei PiA-relevanten Themen zu den Kammerversammlungen. Außerdem werden PiA-Treffen unterstützt durch Bereitstellung von Online-Plattformen und der Vorstand stellt sich beratend und unterstützend für einzelne PiA-Anliegen zur Verfügung.

Durch die Konzeption des Staatsvertrages ist eine Vollmitgliedschaft nicht möglich, da sie den Heilberuf noch nicht eigenständig ausüben. Auch wenn es in anderen Ländern andere Regelungen gibt.

Es bedarf für eine Änderung der Zustimmung der Kammerlandesversammlung. Nach Meinung von Hr. Peikert passt es nicht zum Selbstverwaltungsauftrag der OPK, dass Berufsfremde auch Teil der Kammer sein dürfen.

Vivien Scholze (PiA-Vertretung OPK) schätzt die Mitbestimmungsmöglichkeiten von PiA trotz langjährigem Einsatz dafür und Interesse seitens der PiA als begrenzt ein. Es gibt keine Möglichkeit der Partizipation als z. B. Gastmitglieder, aber auch keine Möglichkeit der informellen Beteiligung an Ausschussarbeit/AG's, auch keine regelhafte Teilnahmemöglichkeit an Versammlungen/Gremien.

Es folgt eine Bestandsaufnahme, was gut und was verbesserungswürdig ist.

Gut ist die Veranstaltung des jährlichen PiA-Vertreter*innen-Treffens und die Unterstützung eines PiA-Stammtisches durch die Bereitstellung einer Online-Plattform. Es wird auch Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Außerdem werden anfallende Fahrtkosten zur BuKo und zu Treffen mit dem Vorstand erstattet. Auch der Zuspruch und das Unterstützungsangebot für die schwierige Lage der PiA wird wertschätzend zur Kenntnis genommen. Der Vorschlag einer Schlichtungsstelle für PiA durch die OPK-PiA-Vertretung wurde erst mal positiv aufgenommen und kann sich evtl. positiv entwickeln.

Verbessert werden kann die Kommunikation mit dem Vorstand. Es gibt z. B. keine Informationen zum Engagement der Kammer für PiA-Themen. Anfragen werden teilweise nicht beantwortet. Wünschenswert wäre die Bereitstellung von AE oder Sitzungsgeldern, die Erstattung von Fahrtkosten für Treffen der PiA-Vertretung und dass regelhaft Einladungen zu den Kammerversammlungen oder Veranstaltungen der Kammer, die für PiA interessant sind, erfolgen. Die Medienpräsenz der PiA-Vertretung wird leider nicht unterstützt und es gab keine Teilnahmemöglichkeit für PiA an Vorgesprächen zum DPT.

Die PiA-Vertretung bietet ihr Engagement bei PiA-Themen in der Kammerarbeit an, z. B. durch Mitarbeit in AG's und bei Stellungnahmen, und wünscht sich mehr Zusammenarbeit.

Frage vom PPT an **Eva-Schweitzer-Köhn (Vorstandsmitglied der PTK Berlin)**- Wie ist es zur neuen Regelung der freiwilligen Mitgliedschaft in Berlin gekommen?

Sie erzählt einiges zur Vorgeschichte. PiA sind schon länger Gastmitglieder gewesen und durften ihre PiA-Vertretung wählen. Die PiA-Vertretung durfte an der DV und den Ausschüssen mit Rede- und Antragsrecht aber ohne Stimmrecht teilnehmen/mitarbeiten, außerdem auf der DV einen Bericht beisteuern. Es gab auch Partizipation an den Vorbereitungstreffen für den PPT.

Im Zuge der Reform (befürchtete Ungleichheit zwischen PtW und PiA) und einer Gesetzesänderung des Heilberufekammergesetzes ist es möglich geworden, die freiwillige Mitgliedschaft einzuführen. Nach einjähriger Diskussion ist es schließlich gelungen mit Beschluss im November 2020 und Satzungsänderung dieses Jahr.

Wie sieht die Regelung heute aus? Freiwillige Mitglieder haben einen eigenen Wahlkörper mit 3 von 45 Plätzen für PiA. Die Pflichtmitglieder verzichten demzufolge auf 3 Plätze in der DV. Die PiA-Mitglieder der DV haben Stimm- und Antragsrecht, können aber nicht den Vorstand wählen oder in den Vorstand gewählt werden. Zwei PiA dürfen in Ausschüssen mitarbeiten, außer im Finanzausschuss. Die dritte Person darf an

Ausschüssen teilnehmen, aber ohne Stimmrecht. PiA, die Kammermitglieder sind, unterliegen nicht der Berufsaufsicht (als Nicht-Berufsangehörige), aber können sich an die Ombudstelle wenden. PiA-Kammermitglieder unterliegen der Beitragspflicht ab Behandlungsbeginn in den Ambulanzen mit berufsbezogenen Einkünften. Es gibt gestaffelte Beiträge, die finanzierbar sind. Aktuell stellen die PiA-Kammermitglieder eine Liste für die nächste Kammerwahl. Hintergrund der Entscheidung für den eigenen Wahlkörper für PiA ist, dass die ihre eigenen Interessen vertreten können sollen und sich nicht den Interessen der anderen Listen unterordnen müssen.

Dr. Katrin Spiegler (PiA-Vertretung Berlin): Einschätzung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der PiA?

Das Verhältnis zwischen PiA und Kammer ist schon immer sehr kooperativ. Was aber fehlte war die Mitbestimmung, auf die man sich jetzt einigen konnte. Es ist im Prozess wichtig gewesen, viele Delegierte zu überzeugen. Der Antrag selbst ist dann erfreulicherweise vom Vorstand selbst eingebracht worden. Aktuell ist es schwierig, in kurzer Zeit die PiA-Liste zusammenzustellen. Alle interessierten PiA können sich gerne bei der PiA-Vertretung melden. Die PiA-Vertreter*innen wollen auch für die Interessen der PtW eintreten, solange es für diese noch keine Vertretung gibt.

Susanne Walz-Pawlita (PtK Hessen, 2006-2013 im Kammervorstand, heute noch in der DV als DPT-Delegierte):

Schon seit 2006 sind PiA in Hessen Pflichtmitglieder der Kammer und zwar ab dem Beginn der Praktischen Ausbildung (nach Niedersachsen das 2. Land). Das Ziel war erstens, dass PiA schon früh die professionelle Berufsordnung der PP/KJP kennenlernen und auch ihre Behandlungen dieser unterstellen sollten. Zweitens wollte die Kammer zuständig für PiA und deren Ausbildung sein, diese Zuständigkeit nicht allein den Instituten überlassen. Drittens sei die Grundhaltung der Kammer gegenüber PiA von Verantwortungsbewusstsein und Verständnis für die Schwierigkeiten der Ausbildungszeit geprägt gewesen und diese als eine kritische Lebenszeit angesehen worden, die geschützt werden muss, damit sich eine professionelle berufliche Identität entwickeln kann.

Später wurde eine Sprecher*innenwahl für PiA organisiert, um auch die PiA im ersten Teil der Ausbildung vertreten zu wissen. Pro Institut werden 2 Sprecher*innen gewählt, diese wiederum wählen die Landessprecher*innen, die an der DV teilnehmen, ohne Stimmrecht. PiA als Pflichtmitglieder haben passives und aktives Wahlrecht inne.

Es gibt also bis heute eine Doppelstruktur der Einbindung von PiA - eine Pflichtmitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten, zum anderen eine PiA-Vertretung über Landessprecher*innen seit 2008, mit aktuell 3 Sprecher*innen (mit Quotenregel, damit alle Fachkunden und Gebiete vertreten werden), die zur BuKo entsandt werden und diese auch initial gegründet haben.

2011 wurden die ersten beiden PiA als Delegierte in die DV gewählt.

Aktuell machen PiA 20% der Kammermitglieder aus und entscheiden die hessischen Kammerwahlen.

Als schwierig sieht Frau Walz-Pawlita an, dass PiA-Delegierte in der DV ein großes Wählerpotential besitzen und teilweise von Listen für deren Interessen eingesetzt werden können. Sie können sich möglicherweise nicht ganz offen und frei berufspolitisch einbringen, da sie sich weiter im Abhängigkeitsverhältnis befinden (z. B. wenn

Kammervertreter*innen gleichzeitig Prüfer*innen/Institutsleiter*innen sind). Kammern sind keine machtfreien Räume.

Florian Kaiser (PiA-Vertretung Hessen): Herr Kaiser sieht für sich persönlich keinen Konflikt in der Überschneidung seiner berufspolitischen Aktivität und der Ausbildung am Institut. Er schätzt die Quotenregel für die PiA-Vertretung, da sie die Vertretung aller PiA gewährleiste und sieht es als Vorteil, dass PiA mit allen Listen reden können. Die Mitgliedschaft ab der Ausbildungszeit in der Kammer ist übrigens nicht nur auf PiA begrenzt, sondern gelte auch für Apotheker*innen. Die Mitbestimmung für PiA ist also mit einem hohen Stimmenanteil, Einflussmöglichkeit und ohne Mitgliedsbeiträge gewährleistet und wichtig, da PiA ja den berufsständischen Nachwuchs bilden und lange mit den Entscheidungen leben müssen, die aktuell getroffen werden.

Es folgt eine **Diskussion** mit Wortmeldungen aus dem Plenum.

PPT-Nachfrage: Warum haben PiA laut BAG in der Kammer nichts zu suchen?

Susanne Waltz-Pawlita sieht das anders. Sie ist froh, dass sich die Kammer mit PiA-Fragen beschäftigt und den Dialog mit PiA erleichtern konnte und kann.

PPT-Nachfrage: PiA-Mitgliedschaft ist Nachwuchsförderung. Hat sich das durch die Kammermitgliedschaft verändert? Wie können die Heilberufekammergesetze von Kammerseite aus geändert werden, damit eine PiA-Mitgliedschaft ermöglicht werden kann?

Dr. Gregor Peikert: In der OPK will man dazu einen Meinungsbildungsprozess führen und die Kammervollversammlung soll die Entscheidung im Konsens treffen.

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es keine Nachwuchsprobleme, berufspolitisch schon und man werbe für Engagement in der Berufspolitik nach der Approbation. Es ist gut, dass PiA in der BuKo und beim PPT erste Erfahrungen sammeln können.

PPT-Nachfrage: Wann genau soll der Meinungsbildungsprozess stattfinden?

Dr. Gregor Peikert: Das ist im Herbst realistisch. Das kann er im Vorstand besprechen und dort muss eine Entscheidung getroffen werden. Er steht außerdem gerne als Ansprechpartner für die PiA-Vertretung zur Verfügung.

Eva-Schweitzer-Köhn: Auch wenn die Beziehung zwischen Instituten und Kammern in Berlin aktuell gut ist, hat es in der Vergangenheit oft Konflikte gegeben. Der Kammer obliegt es eigentlich nicht, die Ausbildung zu regeln und an mancher Problemstelle für PiA sind der Kammer die Hände gebunden (z. B. beim Thema Ausbildungskosten).

Susanne Walz-Pawlita: Zustimmung, dass manchmal Probleme von der Kammer nicht aus der Welt geschaffen werden können, bspw. die hohen Praxisabgabekosten. Ein wichtiger Vorteil der PiA-Mitgliedschaft ist der Schutz der Ausbildungssituation, nicht nur, dass es dann mehr DPT-Plätze gibt.

PPT-Nachfrage: Ein Meinungsbildungsprozess ist wichtig und demokratisch, allerdings müssen dann auch diejenigen mitsprechen können über die entschieden wird, sonst ist es eher aristokratisch. Die Hamburger Erfahrung zeigt, dass nicht befürchtet werden muss, dass PiA riesige Mehrheiten bekommen, wenn sie auch Listen stellen können. Aber sie werden dadurch in der DV auf Augenhöhe wahrgenommen und das ist gut für den Meinungsbildungsprozess. Allerdings sind die Legislaturperioden mit gewählten PiA in der DV schwer abzudecken, da die PiA-Zeit kurz ist. Wie kann man hier Lösungen finden?

Florian Kaiser: Die Doppelstruktur in Hessen ist hilfreich, weil man erst in die PiA-Vertretung gehen kann, dann in die Kammer in die DV.

Eva-Schweitzer-Köhn: In Berlin rückt nach der Approbation eine*r Listenvertreter*in der nächste auf der Liste nach.

Katrin Spiegler: Herausfordernd dabei ist, dass so lange Listen kaum zu bewerkstelligen sind.

Eva-Schweitzer-Köhn: Das gilt auch für andere Listen. Manchmal können DV-Sitze in einer Wahlperiode nicht mehr besetzt werden.

Susanne Walz-Pawlita: In Hessen ist durch die Doppelstruktur die Vertretung der PiA in der DV immer gesichert, da immer PiA der Institutsprecher*innen nachrücken können und an der DV teilnehmen.

PPT-Nachfrage: In Hamburg gibt es auch eine dauerhafte PiA-Stelle in der Kammer, den Arbeitskreis PiA. Warum gibt es keinen festen Sitz für PiA in der DV, so wie für die Institute/die Uni/die Behörde auch?

Eva-Schweitzer-Köhn: In Berlin geht das nicht mit dem Heilberufekammergesetz umzusetzen. Es gibt keine feste Vertretung für Institute, nur für Hochschulen. Ein Arbeitskreis für PiA kann als beratendes Gremium umgesetzt werden und diese Idee nimmt sie gerne mit in den Vorstand.

PPT-Nachfrage: Veränderung muss demokratisch legitimiert werden. Partizipation ist an den den meisten Stellen, wo Abhängigkeitsverhältnisse bestehen (Schulen, Betrieben etc.), möglich. Für PiA gilt das nicht, bzw. nur auf freiwilliger Basis der Institute/Kammern. Zufriedenheit korreliert mit dem Maß der legitimierten Mitbestimmung für PiA. Warum dürfen Apotheker*innen in Ostdeutschland mitwirken und nicht PiA?

Dr. Gregor Peikert: Eine Vertretungsmöglichkeit hält er für wichtig, aber die Kammer kann nicht die Vertretung der PiA sein, da sie nur eine Selbstverwaltung ist. Auch bei den Apotheker*innen entscheidet die Selbstverwaltung, ihm ist dazu kein Bundes- oder Landesgesetz bekannt. Deswegen muss hier eben auch für die PiA verhandelt werden.

PPT-Nachfrage: Was kann die Haltung in der OPK gegenüber PiA ändern? Was würde überzeugen?

Dr. Gregor Peikert: Ein Austausch wäre wünschenswert und konkrete Aufträge, an welchen Stellen genau wirksame Verbesserungen für PiA erreicht werden sollen.

PPT: Appell für Übergangslösungen für Generationengerechtigkeit und Sicherstellung von PiA-Vertretungen in der BuKo, bspw. für Berlin ist eine Vertretung oft nicht gegeben, wenn PiA durch ihre Approbation ausscheiden.

Vivien Scholze: Appell, dass auf Mails geantwortet und der Meinungsbildungsprozess realisiert werden soll. Es geht den PiA nicht um reine konkrete Problembehebung sondern um Partizipation im allgemeinen (Mitsprache, Einbindung der jungen Generation, Wertschätzung des Engagements für Nachwuchsförderung).

Abschließende Worte von Johanna Thünker und Ariadne Sartorius.

Workshops - Ergebnisse

WS 1 Empowerment – Best Practice-Beispiele Institute:

- Existenz von Kurs- und Institutssprecher*innen
- Kontakte der Sprecher*innen an PiA weitergeben (feste Emailadresse)
- Regelmäßiger Austausch Kurs- und Institutssprecher*innen
- Regelmäßiger Austausch zwischen PiA-Sprecher*innen aus verschiedenen Instituten
- Regelmäßige Treffen zum Austausch mit der Leitung / Geschäftsführung/Vorstand
- Berufspolitische Entwicklungen als Teil des Curriucums
- Ambulanzkonferenzen
- Partizipation innerhalb des Trägervereins und Ausschüssen
- Feedbackmöglichkeiten für PiA ans Institut (Arbeitsgruppen, Feedbackbögen, etc.)
-

WS 2 FAQ Ausbildungsreform: 1000€, 40% - Was beschäftigt Studis und PiA? Wo Informationsbedarf?:

Inwiefern ist die 1000€-Regel sowie die Ausführung der Bundesregierung bezüglich Vollzeit einklagbar?

- Es besteht rechtswirksamer Anspruch auf 1000€, wenn Stelle besteht, die als PT I deklariert ist (nicht PT II), 26h = Vollzeit nicht im Gesetz geregelt, dennoch Chance gut
- Wie werden die 1000€ refinanziert? Kliniken müssen die Refinanzierung mit den Krankenkassen verhandeln, darum ist gute Vertretung innerhalb der Kliniken wichtig. Erläuterungen für Kliniken gibt es von der BPtK. (Link nachtragen)
- Wird die Weiterbildung vier oder fünf Jahre dauern und warum? Wird auf dem Deutschen Psychotherapeut*innen Tag entschieden, daher hierzu noch keine Antwort derzeit möglich.
- Für die, die sich entscheiden können für Nachqualifikation und ins neue System oder im alten System bleiben? Leider auch hier: Da noch niemand weiß, wie genau die neue, Entscheidungen könnten individuell unterschiedlich aussehen abhängig

von der persönlichen Lebenssituation und Haltung, Empfehlung: Situation vor Ort abchecken durch Gespräche mit Menschen die sich lokal auskennen

- Wird es ausreichend Kapazitäten noch für PiA geben und wie lange? Bis 2035 ist das formell möglich, Institute sind jedoch privatwirtschaftliche Unternehmen, was Unsicherheit mit sich bringt.

WS 3 Konsequenzen aus der Kammersituation:

Herangehensweise: wie kommt die PiA Vertretung in Kontakt mit der Kammer?

- Potentielle Räume: Kammerversammlung, Ausschüsse
- Problem: Erstkontakt zu Adressatinnen
- Gegenwärtig Abhängigkeit von Kulanzspielräumen
 - diese bewusst machen und aktiv nutzen
- bei bestehender Möglichkeit zur Kammermitgliedschaft: wichtig die PiA zu erreichen und über ihre Möglichkeiten zu informieren
- Grundsätzlich zentrales Ziel: PiA müssen informiert werden, über Möglichkeiten einer Kammermitgliedschaft oder auch bei Anliegen für eine Kammermitgliedschaft
- Paradoxon: bis zur Pflichtmitgliedschaft bei Approbation erfahren viele PiA nicht viel über die Kammer
 - mangelnde Systemkenntnis wirkt sich kontraproduktiv aufs Engagement aus
- Politik als Adressatinnen
- Vernetzung auch unter den PiA-Vertretungen
- Änderungen der Heilberufegesetze: Zuspruch der anderen Heilberufe, die unter das Gesetz fallen

INFORMATION UND VERNETZUNG!

WS 4 Zukunft des PPT. Brainstorming: Was hat das PPT bisher gemacht?

- Plattform für Vernetzung derer, die interessiert sind (wichtig, weil es ja auch keinen Dachverband gibt für den Berufsstand)
- Meinungsbildung, kontroverse Diskussionen und gemeinsame Positionen finden
- Aktionsplanung - alles halbe Jahr schauen, was gerade ansteht und nötig ist und dann in die Handlung kommen
- Zugang zu spannenden Redner:innen/Funktionär:innen

Vision für das PPT:

- eine Möglichkeit, niedrigschwellig sofort mittenrein einzusteigen, keine Konkurrenz zu den Verbänden, erste Anlaufstelle
- unabhängig von Verbänden und anderen Interessen authentisches Forum für die Interessen junger Psychotherapeut:innen → Notwendigkeit eines Forums wird gesehen
- wichtige Werte: Unabhängigkeit, Freiheit, Vernetzung
- Gräben (zwischen Verbänden) überbrücken, verbändeübergreifende Arbeit
- ein Ort, wo die Belange der PiA auch in der Übergangszeit weiterhin gehört und vertreten werden (“Artenschutz für aussterbende Gattung PiA”)
- Einsatz dafür, dass PiA auch in anderen Gremien mehr Gehör finden, Generationengerechtigkeit stärken
- Übergangszeit gestalten: PtW mitdenken, mehr auf die Studis gucken und die schon mitnehmen, nicht erst warten, bis die Leute mit dem Studium durch sind (Praktika im Studium), PtW-spezifische Probleme?; dafür sorgen, dass die nicht gegeneinander ausgespielt werden vom System, Zweiklassendenken verhindern
- Anerkennung sozialer Berufe stärken, mehr Diversität im Beruf (Zugangsschwellen, finanzielle Hürden)
- Orgateam erweitern/offene Gruppe, die auch zwischen den Treffen mehr diskutieren kann
- mehr Werbung für das PPT z.B. an Unis bei Infoveranstaltungen
- Stärkung der KJP (Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie) → Expertise für diese Altersgruppe

- Neuer Name für das PPT? Vorbehalte gegen “Nachwuchs”, sind wir alle “jung”? Psychotherapie und Politik sollen im Namen bleiben und etwas was ausdrückt, dass wir neu/frisch sind, sollte abgestimmt werden, PPT als Buchstaben beibehalten

WS 5 Best Practice PT-Zeit:

Bewerbung

Rückmeldung auf Bewerbungen/ Kooperationsverträge (Rückzug der Genehmigungen in NRW)/ neue Kooperationspartner sind immer möglich / nicht entmutigen lassen wenn Suche länger dauert / Institute müssen bei PT-Suche unterstützen

1000€ Regelung - auf 40 Stunden gerechnet

Besondere Probleme: KJP und Systemische

Bezahlung

Tarifvertrag als PsychologIn möglich, je nach Landesprüfungsamt

Bei Klage, Rechtsschutz (z.B. Verdi, dann aber zu Beginn der PT beitreten/ Berufsverband)

Freistellung für Seminare

Wenn Vollzeit, dann auch schneller fertig werden, je nach Landesprüfungsamt möglich

1 Tag Fortbildungstag pro Woche

Mutig sein - Gehaltserhöhungen anstreben

PT-Zeit

Interventionsgruppen/ Supervisionsgruppe/ **Vernetzung unter PiA** / Zwei PiA betreuen

Gruppe in Tandem / angemessene Einarbeitung / Engagieren (Verbände/ PiA Vertretungen)

Bestätigung Orgateam sowie Abschluss